B3

Deutschnationaler Vorstoß gegen die Pressefreiheit

Beamtenpolitik der Regierung Zeigner — Der Leipziger Polizeimord — Die 8-Groschen-Jungen des Bürgertums

Landtagsbericht vom 2. Juli

(Fortsetzung.)

Punkt 8: Kreis- und Amtshauptmannschaften und Zweigamt Sayda wird ohne Aussprache angenommen.

Der Antrag Wirth auf Einleitung gesetzgeberischer Maßnahmen zum Schutze der erwerbstätigen Schwangeren wird auf Wunsch der Antragsteller an den Haushaltausschuß A überwiesen, nachdem Gen. Dr. Schmincke eingehend die furchtbare Lage der Frauen der arbeitenden Klasse geschildert hat, die keine Freude an dem werdenden Kinde haben, die schwer arbeiten, wodurch die Entwicklung des Kindes gehemmt wird.

Die Entartung der Kinder ist eine Folge der entsetzlichen Lage und eine ungeheure Gefahr für die Volksgesundheit.

Die Kosten für die Unterstützung sollen aber nicht durch die Arbeiterschaft durch eine neue Versicherung, **sondern durch den Staat übernommen werden.** Voller Lohn muß den schwangeren Frauen ausgezahlt werden (die Abgeordneten hören seltsamerweise aufmerksam zu). Aber daß die Sozialdemokraten den Antrag gestellt haben, scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß man hier den Arbeitern Sand in die Augen streuen will. **Durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz haben sie eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterfrauen ermöglicht,** die Gewerkschaften haben sich nicht dafür eingesetzt, daß die Frauen gleichen Lohn wie die Männer erhalten! (Zustimmung.) Und haben die Sozialdemokraten nicht unseren Antrag auf **Verstaatlichung der Geburtshilfe abgelehnt?** Wir müssen ja den Eindruck erhalten, daß es sich hier nur um ein

Täuschungsmanöver

handelt. Nicht die Reichsregierung, die **durch Zollwucher die Volksgesundheit ruiniert,** sondern hier in Sachsen können diese Bestimmungen eingeführt werden. Die Sozialdemokraten sollen durch Zustimmung unserer Anträge zeigen, ob es ihnen ernst mit ihrer Sorge um das Wohl der arbeitenden Frauen! (Lebh. Bravo! links.)

In der Debatte versuchte der „linke" Gruppe die Rechten zu verteidigen, er erklärt, daß die Annahme des Ermächtigungsgesetzes nichts mit dem Arbeiterinnenschutz zu tun hätte. Es scheint sich hier um Annäherungsversuche an die rechte SPD. zu handeln. Damit Gen. Renner nicht noch zu Wort kommt, stellt ein Volksparteiler Schlußantrag und Ueberweisung. Dem wird gegen die Stimmen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten entsprochen. Es folgt die Beratung des Berichts des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der **Beamtenpolitik der Regierung Zeigner.** Der Deutschnationale Gündel läuft natürlich Sturm gegen die von der Regierung Zeigner angeordneten Ruhestandsversetzungen dreier monarchistischer Beamter.

Liebmann muß in seiner Erwiderung feststellen, daß die Regierung Zeigner

viel zu vorsichtig und zaghaft die monarchistischen Beamten zu entfernen versucht hat.

Die entgegengesetzte Haltung nimmt heute in die Koalitionsregierung ein, die in der rigorosesten Weise die republikanischen Elemente hinausgeworfen hat.

Blüher tritt als Verteidiger der Regierung auf und betont die „Gesetzmäßigkeit" ihrer Handlungen. Er erklärt, daß er für die Wiedereinsetzung der monarchistischen Beamten ist.

Gen. Lieberasch zeigt die Erbärmlichkeit der „Republikaner", die direkt für die monarchistischen Beamten eintreten. Die Koalitionsregierung ist völlig im Schlepptau der Deutschnationalen. Hier zeigt sich der Fluch der Halbheit!

Die Zeigner-Regierung war zu schwächlich, um sich durchzusetzen.

Wenn die Linken etwas gelernt hätten, so müßten sie auch außerparlamentarisch gegen diesen reaktionären Landtag kämpfen. — Auf Antrag wird namentlich abgestimmt. Die Deutschnationalen fordern Wiedereinstellung der monarchistischen Beamten. Die Volksparteiler und Demokraten schließen sich dem an. Die Musterrepublikaner um Dr. Dehne wollen alle die hinausgeschmissenen Monarchisten zurückholen. Ministerpräsident Heldt stimmt ebenfalls mit „Nein". (Renner ruft: „Das ist ihm aber schwer gefallen!") Die Abstimmung ergibt Ablehnung mit 40 gegen 32 Stimmen. (Bravo! links.)

Ein Antrag Hofmann über Beschlüsse der Bezirkstage wird erledigt.

Pressefreiheit und Immunität.

Ein deutschnationaler Antrag fordert grundsätzliche Aufhebung der Immunität für Abgeordnete, die als Redakteure verantwortlich zeichnen und wegen Pressevergehens strafrechtlich verfolgt werden. Der Sinn ist klar. **Dieser Antrag richtet sich ausschließlich gegen die Kommunisten.** Die Sozialdemokraten haben erklärt, daß sie nicht grundsätzlich gegen Aufhebung der Immunität wegen Pressevergehens sind (das heißt, wenn es sich um Kommunisten handelt). Gen. Renner entlarvt diesen Versuch als glatten Verfassungsbruch. Man will also von Abgeordneten, die Artikel schreiben, die Verantwortung auf „Sitzredakteure" abwälzen. Dieser Antrag ist geradezu unmöglich. Wir lehnen den Antrag ab.

Bethke erklärt, daß sie zwar gegen den Antrag stimmen, aber von Fall zu Fall für Aufhebung eintreten werden.

Die Abstimmung ergibt mit 38 gegen 34 Stimmen **Ablehnung des deutschnationalen Antrags.**

Ein Antrag betr. Einwanderung unlauterer Elemente wird erledigt.

Gen. Renner berichtet über den Antrag der Fraktion gegen das Verbot der sächsischen kommunistischen Presse. Der zweite Antrag richtet sich gegen den Polizeiüberfall auf Teilnehmer einer kommunistischen Versammlung in Leipzig, bei dem ein Arbeiter zum Opfer fiel. Der Rechtsausschuß beantragt natürlich **Ablehnung,** obgleich hier ein ganz offener Mord vorliegt. (Ein unbewaffneter Arbeiter soll sechs bewaffnete Polizisten bedrängt haben und ist dabei erschossen worden.)

Die Anträge werden von der deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront **abgelehnt.** Es folgt eine Anfrage betr. **Verhinderung des Demonstrationszuges der KPD. am 1. Mai in Leipzig.** Gen. Ellrodt zeigt an Hand von Tatsachen, daß, obgleich ein sozialdemokratischer Umzug ungehindert abgehalten werden konnte, der kommunistische Zug bewußt provoziert und verhindert wurde. Ellrodt fragt die Regierung, ob sie gewillt sei, solche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern. Der Regierungsvertreter erklärt,

daß im Interesse der Sicherheit des sozialdemokratischen Umzuges die kommunistische Demonstration verhindert werden mußte.

Also wird ganz offen zugegeben, daß die Behörden die SPD. bewußt gegen die KPD. unterstützen und fördern.

Es folgt eine Anfrage des Abg. Arzt betr. einen Zusammenstoß zwischen Hakenkreuzlern und Passanten auf der Straße zwischen Schönfels und Stein. Die Faschisten haben in der frechsten Weise die Passanten angegriffen, das ist, nach den Ausführungen der Anfragesteller, unerhört, ob dabei Rote Frontkämpfer vorher angegriffen waren und verletzt worden sind, ist diesen aber gleichgültig. Diese unverschämte Aeußerung kennzeichnet das politische Niveau der „Linken". Sie wenden sich nur gegen die „Wegelagerermethoden" und rücken von den Demonstrationen der Arbeiter gegen die Faschisten offen ab. Die Linken nehmen sich liebevoll des Reichsbanners an, das

am 11. August nach offizieller Meldung Hindenburg einen Fackelzug bringen wird.

Bei der Antwort der Regierung mußte zugegeben werden, daß beim ersten Zusammenstoß mit den Roten Frontkämpfern die Völkischen zweifellos die Angreifer gewesen waren.

Die Faschisten haben mit Spaten auf die Arbeiter eingeschlagen, die sich, da sie unbewaffnet waren, nur durch Vorhalten der Arme schützen konnten.

Eine Anzahl Arbeiter wurden nicht unerheblich verletzt, während von den Völkischen **niemand verletzt wurde.** Als das Publikum nunmehr sich gegen die Rohlinge wandte, schlugen diese auch hier zu und verletzten Unbeteiligte. Die Regierung verspricht Bestrafung der Schuldigen.

Gen. Renner beantragt darauf Besprechung. Das wird beschlossen. Gen. Renner führt nun aus, daß an Hand dieser Erklärung man erkennen kann, wie unverantwortlich die Polizei in vielen Fällen handelt. Die Polizei nimmt bewußt Stellung gegen die Arbeiter und ihre Demonstration und hetzt ihre Beamten gegen die Demonstranten. Dadurch wird eine Atmosphäre geschaffen, die zu Zusammenstößen führen muß. Auf die Unverantwortlichkeit der Berichte der Presse geht Gen. Lieberasch ein. In treffender Weise entlarvt er die deutsche „Demokratie", die die Faschisten gegen die Arbeiterschaft schützt, denn bis heute hat man noch nichts von einer Bestrafung dieser Subjekte gehört. Gegen den höhnisch lächelnden **Polizeipräsidenten Kühn** gewendet, ruft Gen. Lieberasch empört:

„Ihr Gesichtsausdruck beweist ja, daß Sie sich noch in der Rolle des Achtgroschenjungen des Bürgertums wohlfühlen!"

(Lebhaftes Sehr gut! links.) Wintler ruft Gen. Lieberasch zur Ordnung. Zum Schluß geht Gen. Lieberasch auf die Haltung der Abgeordneten in diesen Fragen ein und bezeichnet sie als **niederträchtige Schurken.**

Als letzter Punkt wird Bericht erstattet über das Kapitel Erziehungsanstalten. Der Berichterstatter Dr. Cohan legt eine Anzahl Anträge vor, die sein Parteigenosse Schnirch als nicht vom Ausschuß zugelassen bezeichnet. Nach lächerlicher und für den Parlamentarismus bezeichnender Abstimmungsszene bei der sich eine geradezu stumpfsinnige Konfusion eines großen Teiles der Abgeordneten zeigt, werden die Anträge Cohan abgelehnt gegen die Stimmen der Kommunisten und Linken, das Kapitel aber angenommen. Beim Antrag gegen Prügelstrafen stimmen die Deutschnationalen dagegen. Die Kommunisten quittieren das mit dem Rufe „Prügelhelden!"

Zum Schluß erklärt außerhalb der Tagesordnung der Abg. Günther-Plauen, daß eine Behauptung des Abg. Hofmann (deutschnational), die den Minister Reinhold betrifft, nicht den Tatsachen entspricht.

Schluß der Sitzung gegen ½10 Uhr.

Die SPD. mit den Bürgerlichen für die Ausräuberung der Erwerbslosen

Im August bis November 1924 ließ der Rat von Geising als sogenannte Notstandsarbeit eine Bobsleighbahn bauen. Diese Bobsleighbahn dient den Besitzenden die Möglichkeit zur Belustigung und ihren Appetit nach neuen kulinarischen und anderen Genüssen anzuregen. Bei der Herstellung dieser Bahn wurden 40 Erwerbslose als Notstandsarbeiter beschäftigt. Sie erhielten als „Lohn" ein Lediger 19 Mk., ein Verheirateter mit zwei Kindern 20 Mk., mit drei Kindern 21 Mk. pro Woche. Der Tariflohn für diese Arbeit betrug zur damaligen Zeit 65 bis 78 Pf. pro Stunde, die Erwerbslosen erhielten aber nur 39 bis 44 Pf. Die Differenz zwischen erhaltenen und Tariflohn gestattet der Gesellschaft auf Kosten der Erwerbslosen eine hohe Profitrate. Nach Fertigstellen der Bahn mußten die Erwerbslosen als Pflichtarbeit auf dieser Bahn Schnee schippen. Wer sich weigerte diese Arbeiten zu leisten, dem wurde die Unterstützung entzogen.

Die Arbeitslosen wandten sich an die kommunistische Landtagsfraktion, um mit ihrer Hilfe den Tariflohn zu erhalten. Diese brachte am 5. Mai 1925 einen Antrag beim Landtag ein der verlangte, daß den Erwerbslosen sofort die Differenz nachgezahlt würde. Am 1. Juli d. J. wurde dieser Antrag im Ausschuß B behandelt. Der Berichterstatter Langhorst, ein SPD.-Mann, der jetzt bei der Freiberger Hüttenknappschaft als Angestellter untergebracht ist, verlangte Ablehnung dieses Antrages. Die Arbeit sei eine gemeinnützige und falle deshalb unter die Verordnung über Notstandsarbeiten.

§ 14 der Verordnung vom Februar 1924 bestimmt ausdrücklich, daß Zuschuß zu Notstandsarbeiten nur gegeben und die Bestimmungen infolgedessen nur angewandt werden dürfen, wenn die betreffenden Arbeiten gemeinnützigen Charakter haben. Es blieb dem SPD.-Mann Langhorst und bei den Auseinandersetzungen im Ausschuß der sächsischen Regierung vorbehalten, das Sport- und Vergnügungsbedürfnis der Bourgeoisie als gemeinnützig zu bezeichnen und für diesen Zweck die Arbeitslosen in ihrer elenden Lage zu diesem Zwecke zur Sklavenarbeit für Hungerlöhne zu zwingen.

Die kommunistische Fraktion stellte folgenden Antrag:

Die Differenz zwischen Tariflohn und Notstandsunterstützung ist von der Regierung vorschußweise an die Geisinger Arbeitslosen auszubezahlen. Diese Mittel sind von den Besitzern der Bahn wieder einzuziehen.

Diesen Antrag lehnen alle, mit Einschluß des „linken" Dennhardt, ab, nur die KPD. war dafür, daß die Erwerbslosen ihren Tariflohn erhalten. Nach der Auslegung des Berichterstatters und der Regierung war die Arbeit an der Bobsleighbahn eine gemeinnützige Tätigkeit und die Erwerbslosen zu Recht zur Sklavenarbeit zu Hungerlöhnen an dieser Bahn verpflichtet. Das Vergnügen der Bourgeoisie ist nach dieser Auffassung ein gemeinnütziges Unternehmen und dient dem Allgemeinwohl.

Dafür müssen die Arbeitslosen für 39—44 Pf. pro Stunde schuften, und dem Ministerpräsidenten Sozialdemokraten Heldt wird die Aufwandsentschädigung von 3200 M. auf 12 000 M. im Jahre erhöht, weil er als Arbeitervertreter mit seinem Gehalt von 27 000 M. nicht auskommen kann. Was sagen die SPD.-Arbeiter zu einer solchen Politik ihrer rechten und linken Abgeordneten?

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden. — Druck: „Peuvag", Filiale Dresden. — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Autorisierte Übersetzung aus dem vom Autor neubearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermynia zur Mühlen. Copyright by „Der Malik-Verlag" 1924. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung, vorbehalten

(27. Fortsetzung.)

Aber es gab keine Arbeit für ihn. Er suchte alle Mitglieder seiner Gewerkschaft auf, bat, sie möchten ein gutes Wort für ihn einlegen. Er ging überall hin, wandte sich an alle, aber vergeblich. Es blieb ihm nichts übrig, als sich der Schar der Arbeitslosen anzuschließen, die allmorgendlich vor den Fabriktoren standen, unverrichteter Sache heimzukehren und mit der kleinen Kotrina und dem Baby zu spielen. Was ihm besonders verbitterte, war, daß er nun die Bedeutung all dieser Dinge klar erkannte: als er stark und gesund gewesen war, hatte er am ersten Tag Arbeit gefunden; jetzt aber ist er gleichsam eine verdorbene Ware, niemand will etwas von ihm wissen. Die Unternehmer haben ihn mit ihrer Hetzjagd abgenützt, haben ihn fortgeworfen. Alle Arbeitslosen hatten das Gleiche erlebt. Freilich waren einige selbst schuld an ihrem Unglück, hatten zu trinken angefangen, weil sie sonst die Arbeit nicht ausgehalten hätten. Die meisten jedoch waren einfach die abgenützten Teile der großen erbarmungslosen Maschine. Sie hatten geschuftet, sich zu Tode gehetzt, das Tempo eingehalten, etliche sogar zwanzig Jahre lang. Nun aber waren sie fertig. Viele waren erkrankt, waren verletzt worden, hatten sich eine Blutvergiftung zugezogen, hatten derart ihre Stelle verloren, anderen war einfach mitgeteilt worden, sie seien zu alt. Was in solchen Fällen mit einem Menschen geschah, hing von den Umständen ab. War er ein gelernter Arbeiter, so hatte er meist etwas gespart, konnte durchhalten, und bei einem Verdienst von fünf bis sechs Dollars am Tag konnte man etwas ersparen. Der ungelernte Arbeiter jedoch, der in den guten Zeiten zehn, in den flauen fünf Dollars die Woche verdiente, war schlecht daran, für ihn hing alles von seinem Alter und der Größe seiner Familie ab. Ein unverheirateter Mann konnte schließlich dann etwas ersparen, wenn er nicht trank und wenn er vollkommen egoistisch war, sich nicht um alte Eltern und kleine Geschwister, nicht um die Mitglieder seiner Gewerkschaft, seine Kameraden und die dem Hungertod nahen Nachbarn kümmerte.

Dreizehntes Kapitel.

In die Zeit, da Jurgis nach Arbeit suchte, fiel der Tod des kleinen Kristoforas, eines von Tante Elzbietas Kindern. Kristoforas und auch sein Bruder Juozapas waren Krüppel, letzterer war überfahren worden und hatte so ein Bein verloren, ersterer hatte seit seiner Geburt ein Hüftleiden, das ihm das Gehen unmöglich machte. Er war das jüngste von Tante Elzbietas Kindern; vielleicht hatte ihr die Natur einen Wink geben wollen, es sei nun genug. Er war ein jämmerliches Kind, trotz seiner drei Jahre nicht größer als ein einjähriges Baby, auch litt er an Krämpfen. Den ganzen Tag lang kroch er in einem schmierigen Kleid auf dem Boden herum, weinte vor Frost, erkältete sich unablässig. Mit echt mütterlichem Unverstand liebte ihn Tante Elzbieta mehr als alle anderen Kinder, gestattete ihm alles, brach in Tränen aus, wenn sein ewiges Wimmern Jurgis erzürnte. Und nun starb er. Vielleicht tötete ihn die Wurst, die er zum Frühstück gegessen hatte, sie mochte aus verdorbenem Schweinefleisch zubereitet gewesen sein, aus jenem Fleisch, das nicht zum Export geeignet war. Wie dem auch sei, eine Stunde nach dem Frühstück begann das Kind vor Schmerzen zu schreien, wand sich in Krämpfen. Die kleine Kotrina war allein daheim; sie lief brüllend um Hilfe, endlich kam auch ein Arzt, aber da hatte Kristoforas schon seinen letzten Schrei ausgestoßen. Außer Tante Elzbieta trauerte niemand um ihn; Jurgis erklärte, das Kind müsse auf Kosten der Gemeinde begraben werden, er habe kein Geld. Dies trieb die arme Frau schier zum Wahnsinn; sie rang die Hände, schrie laut vor Verzweiflung: ihr Kind soll in einem Bettlergrab liegen! Und die Stieftochter hört dies an, sagt kein Wort dagegen! Ein derartiges Vorgehen genügt, um Onas Vater aus dem Grab zu treiben! Ist es mit ihnen so weit gekommen, so tun sie besser daran, sich alle gleich begraben zu lassen . . . . Schließlich ließ sich Marija rühren, gab zehn Dollars her, den Rest bettelte Tante Elzbieta von den Nachbarn zusammen, und so bekam denn der kleine Kristoforas einen Leichenwagen, ein Pferd mit einer weißen Feder auf dem Kopf und ein winziges eigenes Grab mit einem Kreuz; auch eine Messe wurde für ihn gelesen. Die arme Mutter konnte sich lange nicht trösten, meinte, dem kleinen Jungen wär nie die Möglichkeit einer Besserung vergönnt worden, hätte sie doch früher von dem berühmten Arzt gehört, der diese Krankheit zu heilen vermochte . . . Jemand hatte ihr nämlich erzählt, die Tochter eines Millionärs habe an der gleichen Krankheit gelitten, und der Vater habe einen berühmten Chirurgen aus Europa kommen lassen, um das Kind zu behandeln. Dieser Chirurg wollte seine Theorie an lebendigen Körpern beweisen, er verkündete daher mit unglaublicher Großmut, er sei bereit, arme Kinder, die an diesem Hüftleiden erkrankt waren, unentgeltlich zu behandeln. Vielleicht aber war es gut, daß Elzbieta diese Nachricht zu spät erfuhr; sie hatte ja nicht einmal genügend Geld, um täglich das Kind mit der Straßenbahn zu dem Chirurgen zu bringen, und es mangelte ihr auch an der dazu erforderlichen Zeit.

Während er nach Arbeit suchte, hing über Jurgis ein dunkler Schatten; es war, als lauere irgendwo ein wildes Tier, er wußte, wo es sich verberge, und mußte dennoch immer wieder in die Nähe dieser gefährlichen Stelle gehen. Es gibt in Packingtown viele Abstufungen des Elends, die der Arbeitslosen harren: die niedrigste ist die Kunstdüngerfabrik. Die Menschen sprachen nur flüsternd davon; kaum einer von zehn hatte dort gearbeitet, den anderen neun genügten die Berichte des zehnten und vielleicht ein Blick durch die offene Tür. Es gab Dinge, die ärger waren, als selbst das Verhungern. Jurgis wurde gefragt, ob er dort arbeiten wolle, und er selbst stellte sich diese Frage. Sie waren so arm, konnte er es wagen, irgendeine angebotene Arbeit, und sei sie noch so furchtbar, nicht annehmen? Konnte er es wagen, heimzugehen, das Brot zu essen, das Ona verdient hatte, sie, die so schwach und zart war, und dabei wissen, er hätte Arbeit finden können, habe nur nicht den Mut dazu gehabt? So debattierte er Tag um Tag mit sich selbst, — aber ein Blick in die Kunstdüngerfabrik genügte, um ihn schaudernd fliehen zu lassen. Er war ein Mann, würde seine Pflicht tun; aber man konnte doch nicht von ihm verlangen, daß er bei diesem Angebot auf einen Erfolg hoffe?

Durhams Kunstdüngerfabrik lag abseits von den übrigen Fabrikgebäuden. Die Besichtiger der Fabrik kamen nur selten hin, und jene, denen dies dennoch gelang, kamen heraus wie einst Dante aus der Hölle. In diesen Teil der Fabrik kamen alle Abfälle, hier wurden die Knochen getrocknet. In stickigen Kellern, in die nie das Tageslicht drang, beugten sich Männer, Frauen und Kinder über rotierende Maschinen, sägten Knochen zu den verschiedensten Formen, atmeten in die Lungen den feinen Staub ein, waren alle oft in kürzester Zeit dem Tode geweiht. Hier wurde das Albumin gewonnen sowie andere Stoffe, deren Gestank selbst den des Albumin übertraf. In den großen Korridoren konnte man sich verirren. Aus der Ferne, verschleiert von Staub und Dampf, leuchteten schwach die elektrischen Birnen, rote, blaue und purpurne Sterne. Für die Gerüche in diesem Beinhaus mag es vielleicht im Litauischen Worte geben; in anderen Sprachen gibt es sie nicht. Wer hier eintreten wollte, bedurfte seines ganzen Mutes, wie ein Schwimmer unter Wasser, bedeckte sich das Gesicht mit dem Taschentuch, hustete, röchelte, dann begann es in seinen Ohren zu singen, die Adern in seinen Schläfen pochten, bis ihn der furchtbare Gestank in wilde Flucht trieb. Im oberen Stockwerk wurden die Ueberreste getrocknet, die zurückblieben, wenn den Tierleibern alles Fett entzogen worden war. Das trockene Material wurde zu einem feinen Pulver zerrieben, mit geheimnisvoller, doch harmloser brauner Erde vermischt, in Säcke getan und in die ganze Welt als Knochenphosphat hinausgesandt.

(Fortsetzung folgt.)

Lokalitäten Umgebung
Rabenau
Mühle
Freital
Wilsdruff
mühle
Musik
SLUB
Wir führen Wissen.